

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion — Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

13. Feber 1946

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

Blatt 171

Brennt unnütz wo ein Licht im Haus,
Dann gehe hin und lösch es aus!

Konstituierung des Gemeinderates

=====

Morgen, Donnerstag, den 14. Februar 1946, tritt der Wiener Landtag zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Er wird ^{drei} ~~zwei~~ Gesetzentwürfe zu beraten und zu beschließen haben, von denen/die verfassungsmäßigen Grundlagen für den Zusammentritt und die Wirksamkeit des Gemeinderates schaffen müssen. Das erste ist ein Gesetz, womit die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien in der Fassung von 1931 wieder in Wirksamkeit gesetzt wird. Es enthält jene Übergangsbestimmungen, durch die das Wiederinkrafttreten der Stadtverfassung ermöglicht wird. Erst nach der Beschlußfassung dieses Gesetzes kann der Gemeinderat zusammentreten, den Bürgermeister, die Stadträte und die Gemeinderatsausschüsse wählen, kann also der Gemeinderat seine verfassungsmäßigen Funktionen aufnehmen. Damit werden gleichzeitig jene Bestimmungen des Wiener Verfassungsüberleitungsgesetzes vom 10. Juli 1945, St.G.Bl. Nr. 67, die die Einsetzung des Bürgermeisters und der Mitglieder des Stadtsenates, sowie die Kompetenzen der Organe der Gemeindeverwaltung provisorisch geregelt haben, außer Kraft gesetzt. Die Autonomie der Stadt Wien wird damit wiederhergestellt. Das Gesetz wird mit dem Tage des Zusammentrittes des neugewählten Gemeinderates, also praktisch noch am gleichen Tage wirksam.

Der Artikel II dieses Verfassungsgesetzes bestimmt, daß die Grenzen durch übereinstimmendes Verfassungsgesetz der beiden Länder und des Bundes zu regeln sind.

Die weiteren Bestimmungen dieses Gesetzes betreffen Fragen des Heimatrechtes und eine vorläufige Regelung der Besorgung der Aufgaben der Bezirksvertretungen und Bestimmungen über die Bezeichnung des Magistrats als Amt der Landesregierung.

Damit erhält die zwischen Wien und Niederösterreich anlässlich der Erlassung des Wahlgesetzes 1945 getroffene Vereinbarung über

die Grenzziehung zwischen Wien und Niederösterreich ihre gesetzliche Sanktion. Es führt die Veränderungen im einzelnen aus und trifft Bestimmungen über die durch die Gebietsänderungen erforderlich gewordenen Auseinandersetzungen zwischen Wien und Niederösterreich auf verwaltungstechnischen und finanziellen Gebiete. Dieses Landesverfassungsgesetz tritt erst in Kraft, wenn der Bund und das Land Niederösterreich gleichlautende Verfassungsgesetze beschlossen haben werden.

Nach der Sitzung des Landtages wird der Gemeinderat zu seiner Konstituierung zusammentreten. Die Sitzung wird von Bürgermeister General Dr. Körner eröffnet werden. Der Gemeinderat wird 6 Vorsitzende und 6 Schriftführer wählen. Für die Wahlen in das Präsidium und in die Ausschüsse des Gemeinderates wird nach der Verfassung der Stadt Wien der Proporz angewendet. Auf Grund der zahlenmäßigen Ergebnisse der Gemeinderatswahl vom 25. November 1945 entfallen zwei Drittel der zu vergebenden Mandate auf die Sozialistische Partei, ein Drittel auf die Österreichische Volkspartei.

Wie im Staate wird auch in der Gemeinde Wien der Grundsatz der Konzentration aller demokratischen Kräfte durchgeführt werden.

An der Verwaltung werden daher alle drei Parteien aktiv mitwirken, Es werden 12 Verwaltungsgruppen gebildet werden. Von diesen werden 7 von der Sozialistischen Partei, 4 von der Österreichischen Volkspartei und eine von der Kommunistischen Partei besetzt werden. Die der Sozialistischen Partei angehörenden Stadträte werden folgende Referate führen:

- I. Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform
- II. Finanzwesen
- III. Wohlfahrtswesen
- IV. Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen
- V. Ernährungsangelegenheiten
- VI. Bauangelegenheiten
- VII. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Die der Österreichischen Volkspartei angehörenden Stadträte werden die Verwaltungsgruppen

- I. Gesundheitswesen
- II. Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
- III. Wirtschaftsangelegenheiten
- IV. Städtische Unternehmungen

führen.

Die Kommunistische Partei wird den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe " Volksbildungsangelegenheiten und Kulturpflege stellen.

Der Bürgermeister der Stadt Wien wird wieder von der Sozialistischen Partei gestellt werden. Je ein Vizebürgermeister wird aus den von der Sozialistischen Partei und von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagenen Stadträten gewählt werden.

Milch für alte Leute

=====

Abholung der Milchkarten durch die Hausbevollmächtigten

Das Zentralernährungsamt Wien gibt im Einvernehmen mit dem Landesernährungsamt Niederösterreich bekannt:

Die Alliierten haben die Ausgabe von $\frac{1}{4}$ Liter Milch täglich an alle Personen von 70 Jahren aufwärts im Rahmen der Gesamtzuweisungen für die XI. Versorgungsperiode bewilligt. Mit der Ausgabe wird am Sonntag, den 17. Februar 1946 begonnen.

Die Hausbevollmächtigten (Hausbesorger) werden ersucht, die Milchkarten für die Bezugsberechtigten am Donnerstag, den 14. Februar in der Kartenstelle während der üblichen Parteiverkehrsstunden zu beheben. Als Behebungsnachweis ist der eigene, mit dem Stempel der Kartenstelle versehene Meldezettel mitzubringen.

Die Milchkarten sind sofort an die anspruchsberechtigten Parteien weiterzugeben. Am Freitag, den 15. Februar ist der Bestellschein der Milchkarte beim nächsten Milchsondergeschäft abzugeben. Die Milchkaufleute haben die übernommenen Bestellscheine unbedingt am Samstag, den 16. Februar an ihre Molkerei weiterzuleiten, damit am Sonntag mit der Milchlieferung begonnen werden kann.

Die Milchausgabe an alte Leute erfolgt nicht nur in den 21 Wiener Bezirken, sondern auch in den Gemeinden von Neu-Wien sowie in den an Niederösterreich abgegebenen Gemeinden der Randgebiete. In Wien wird $\frac{1}{4}$ Liter gelöste Trockenmilch, in den Randgebieten von Neu-Wien und Niederösterreich $\frac{1}{4}$ Liter Magermilch abgegeben.

Schwedische Ausspeisung

=====

Die vor wenigen Tagen gebrachte Meldung, daß die schwedische Ausspeisung im 3., 4., 5., 6., 7., 10. und 11. Bezirk stattfindet, entspricht nicht den Tatsachen. Derzeit werden nur die Kleinkinder des 3., 6., 7., 10. und 11. Bezirkes ausgespeist. Der 4. und 5. Bezirk wird in einem späteren Zeitpunkt befürsorgt werden.

Letzte Sitzung des provisorischen Stadtsenates

=====

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters General Körner trat heute vormittags der Wiener Stadtsenat in seiner provisorischen Zusammensetzung zur letzten Sitzung zusammen. Es lag wieder eine umfangreiche Tagesordnung vor, auf der auch eine Reihe von Anträgen stand, die die Kostendeckung der Behebung von Kriegsschäden betreffen. Insgesamt hat der Stadtsenat heute über Antrag des Stadtrates Weber ~~1.815.000~~ Schilling für solche Ausgaben bewilligt. Es handelt sich fast ausschließlich um Nachtragskredite für Arbeiten, die bereits im Jahre 1945 ausgeführt wurden und bei denen Kreditüberschreitungen erfolgt sind oder um solche Arbeiten, für die das Budgetprovisorium für das Jahr 1946 nicht ausreichend vorsorgt. So wurden abermals 250.000 Schilling für die Behebung von Kriegsschäden an den Anlagen der Wiener Wasserwerke und am Rohrnetz der Hochquellenwasserleitung bewilligt. 235.000 Schilling wurden als Nachtragskredit für 1945 für die Behebung von Kriegsschäden an Fahrbahnen und Gehwegen und weitere 500.000 Schilling als erste Rate für 1946 unter dem gleichen Titel genehmigt. Nach einem Beschlusse des Gemeinderates aus dem Jahre 1908 ist die Gemeinde verpflichtet, große bauliche Schäden am Gebäude der Wiener Urania die nicht durch die normale Abnützung entstehen, zu bezahlen. Die Behebung der Kriegsschäden des Urania-Gebäudes kostet 335.000 Schilling, die Wiederinstandsetzung der Sternwarte 65.000 Schilling. Für die Behebung der Kriegsschäden an der Feuerwehrzentrale "Am Hof" werden 320.000 Schilling, für Umbauten an diesem Objekte 50.000 Schilling benötigt. Die Beendigung der Wiederherstellungsarbeiten der Desinfektionsanstalt in der Arsenalstraße erfordert einen Nachtragskredit von 30.000 Schilling und

die rasche Instandsetzung der Vorkeimhäuser des städtischen Gartenbetriebes, wo die Gemüsepflänzchen für die Wiener Kleingärtner herangezogen werden, erfordert einen Kostenaufwand von 30.000 Schilling.

Umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten sind in den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien vorzunehmen. Der Stadtsenat hat über Antrag des Stadtrates Prof. Dr. Reuter beschlossen, die für das 1. Vierteljahr 1946 in Aussicht genommenen Kosten von 1,025,250 Schilling hiefür flüßig zu machen.

Schließlich hat der Stadtsenat die Rechnungsabschlüsse und Bilanzen der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke für das Jahr 1944 zustimmend zur Kenntnis genommen. Wir werden darüber separat berichten.

Am Schluß der Sitzung erhob sich Bürgermeister Körner und dankte den Mitgliedern des Stadtsenates für die große und schwere Arbeit, die sie seit der Befreiung Wiens auf ihrem Posten geleistet haben. Er erinnerte an die Zustände am Beginn der gemeinsamen Arbeit und an die tausendfachen Schwierigkeiten, denen jeder einzelne jeden Tag und jede Stunde begegnete, die aber doch im gemeinsamen Aufbauwillen gemeistert wurden. Der Bürgermeister sagte: "Es kommt uns nicht auf den äußeren Schein der Anerkennung an. Jeder von uns muß mit sich selbst und mit dem was ^{er} tun konnte zufrieden sein". Er würdigte dann die besonderen Leistungen der aus dem Stadtsenat ausscheidenden Mitglieder und schloß mit den Worten: "In der kurzen Zeit unserer gemeinsamen Arbeit sind wir gewissermaßen in gemeinsamer Sorge und in dem gemeinsamen Bestreben das Erbe des Krieges zu überwinden, zusammengewachsen und es hat sich über die Verschiedenheiten der Parteirichtung hinausgehend eine Freundschaft gebildet, von der ich wünsche, daß sie über den Anlaß ihres Entstehens hinaus bleiben möge".

Vizebürgermeister Präsident Kunschak erwiderte auf die Ausführungen des Bürgermeisters: "Wenn ich sage, daß ich ungerne aus diesem Hause weggehe, ~~in~~ in der Erinnerung an die 30 Jahre, die ich bis zum Jahre 1934 hier gewirkt habe. Daß ich aber mithelfen konnte, die schwere Zeit seit dem April 1945 zu überwinden, das ist mir Stolz und Genugtuung, ist eigentlich die schönste Krönung meines ganzen öffentlichen Wirkens. Diese 11 Monate werden in der Geschichte unserer Stadt eingegraben werden. Uns selbst fehlt der Blick, um

diese Zeit und das was in dieser Zeit hier geleistet wurde, würdigen zu können. Das Bewußtsein, das Schiff der Gemeinde Wien aus der stürmischen See in ruhigeres Fahrwasser herübergerettet zu haben, ist selbst Lohn genug. In diesen 11 Monaten ist mein Wunsch, den ich unmittelbar vor dem 12. Februar 1934 im Gemeinderat ausgesprochen habe, in Erfüllung gegangen, nämlich in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen bis das Schwierigste geleistet ist. Damals waren diese Worte in den Wind gesprochen, aber vor 11 Monaten haben wir uns zu dieser Arbeit zusammengefunden."

An den Bürgermeister gewendet, fuhr Präsident Kunschak fort: "So danke ich dem Herrn Bürgermeister, der uns allen ein muster-gültiges, weithin leuchtendes Beispiel gewesen ist. Ein Mann, der nur um das Wohl des Volkes besorgt war. In seiner Unermüdlichkeit, in seiner Unverzagttheit und in seiner unversieghlichen Arbeitsfreude führte er uns. Ohne Weisungen zu geben, ohne Kritik zu üben, war er die motorische Kraft, die das Geleistete ermöglicht hat. Wenn wir heute scheiden, kann ich sagen, "Du hast Deine Pflicht erfüllt". Wir haben den jungen Leuten, die nach uns zur Arbeit berufen werden, den festen Boden geschaffen, wir haben Berge abgetragen, Täler ausgefüllt, das ganze nivelliert, jetzt sollen die Jungen weiterwirken".

Vizebürgermeister Steinhardt bezeichnete diesen Augenblick als eine historische Gelegenheit, die uns als Selbstverständlichkeit erscheint, die aber spätere Geschichtsschreiber erst richtig zu würdigen verstehen werden. Das Neue an dieser Körperschaft, die jetzt auseinandergeht, war, daß in sie auch die Kommunistische Partei eingetreten ist. Manche Kreise waren von Vorurteilen gegen uns erfüllt, jetzt aber haben sie Vertreter der Kommunistischen Partei an der Arbeit gesehen. Manche von uns werden im Gemeinderat wieder ihren Arbeitsplatz finden. Was man auch über uns gedacht haben mag, wir wiederholen, daß wir unser Vaterland lieben und unsere Stadt lieben, weil sie unsere Stadt ist, die Hauptstadt unseres Landes."

37 Goldene Hochzeitspaare im Rathaus
=====

Bürgermeister General Körner hat 36 Ehepaare, die in der letzten Zeit die Goldene Hochzeit gefeiert haben, und ein Ehepaar, das die Diamantene Hochzeit beging, heute nachmittags in den festlich geschmückten kleinen Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen. Es waren die im 1., 8. und 9. Bezirk wohnhaften Goldenen Hochzeiter, die gemeinsam mit ihren Angehörigen zu der traditionellen Feier der Stadt Wien erschienen. Bürgermeister Körner hielt an die Jubilare eine in herzlichen Worten gehaltene Ansprache, in der er die Bedeutung des Festes, das nur wenigen Ehepaaren zu feiern beschieden ist, betonte und die Jubilare herzlichst dazu beglückwünschte, daß es ihnen gegönnt war, diesen Tag gemeinsam zu erleben. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Anwesenden noch viele Jahre der Gesundheit und des Glückes zusammen verbringen mögen.

Nationalsozialisten drücken sich vom Schuttaufräumen
=====

Der Sturm hat am Freitag mehrere Hausruinen zum Einsturz gebracht und diese haben an einigen Stellen wichtige Verkehrswege verschüttet und den Betrieb einiger Straßenbahnlinien gestört. Der Bürgermeister hat daher im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt Wien die vom Arbeitsamt zum Schneeschafeln dienstverpflichteten Nationalsozialisten zur Wegräumung dieses Schuttes aufgerufen. Eine Wiener Tageszeitung hat am 12. ds.M. berichtet, daß von den 70.000 in Wien registrierten Nationalsozialisten nur 640 dem Aufruf des Bürgermeisters Folge geleistet haben und zur Arbeit erschienen sind. Daraus könnte der Eindruck entstehen, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der verpflichteten Nationalsozialisten zur Arbeit erschienen sei. Demgegenüber wird festgestellt, daß nur 1500 beschäftigungslose Nationalsozialisten vom Landesarbeitsamt durch Dekret zur Leistung von Schnee- und Aufräumungsarbeiten verpflichtet wurden. Diese konnten nur durch das Radio zur Aufnahme der Arbeit aufgerufen werden. Von ihnen sind 640 Personen rechtzeitig auf den Sammelplätzen erschienen und zur Leistung der Arbeit eingeteilt worden. Etwa 300 sind verspätet gekommen und wurden mangels geeigneter Verwendungsmöglichkeiten wieder weggeschickt. Die übrigen, die der Aufforderung nicht Folge geleistet haben, wurden dem Landesarbeitsamt zur weiteren Amtshandlung angezeigt.